

# ÖSTERREICHISCHES STABILITÄTSPROGRAMM

---

## 2. Fortschreibung für die Jahre 2003 bis 2007

**Bundesministerium für Finanzen  
Wien, 18. November 2003**



**BUNDEMINISTERIUM  
FÜR FINANZEN**

**Bundesministerium für Finanzen  
Wien, November 2003**

**INHALTSVERZEICHNIS**

<b>1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>4</b>
<b>2. ÖSTERREICHS WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG 2002 BIS 2007</b>	<b>5</b>
2.1. Erfolgreiche Konjunkturpakete setzen wichtige Wachstumsimpulse	5
2.2. Die wirtschaftliche Entwicklung 2004 bis 2007	9
<b>3. WIRTSCHAFTSPOLITIK BIS ZUM JAHR 2007</b>	<b>10</b>
3.1. Budgetpolitik und mittelfristiges Ziel für den Budgetsaldo	10
3.2. Die öffentlichen Haushalte 2003	11
3.3. Der Bundeshaushalt 2004	11
3.4. Die öffentlichen Haushalte 2004 bis 2007	12
3.5. Länder und Gemeinden	13
<b>4. SENSITIVITÄTSANALYSE UND VERGLEICH MIT FRÜHEREN STABILITÄTSPROGRAMMEN</b>	<b>16</b>
<b>5. QUALITÄT DER ÖFFENTLICHEN FINANZEN</b>	<b>17</b>
5.1. Österreichischer Verfassungskonvent	17
<b>6. AUSWIRKUNGEN DER BEVÖLKERUNGSSALTERUNG AUF DIE NACHHALTIGKEIT IN DEN ÖFFENTLICHEN FINANZEN</b>	<b>18</b>
6.1. Altersversorgungssysteme	18
6.2. Gesundheits- und Pflegesystem	19
6.3. Langfristige Nachhaltigkeit	20
<b>7. HORIZONTALE MAßNAHMEN MIT EINFLUSS AUF DIE ÖFFENTLICHEN FINANZEN</b>	<b>21</b>
7.1. Kapitalmarkt	21
7.2. Privatisierung	21
7.3. Arbeitsmarkt	21

## 1. Einleitung und Zusammenfassung

Gemäß EU-Verordnung 1466/97 hat jeder Mitgliedstaat jährlich ein Stabilitätsprogramm (Teilnehmer an der Währungsunion) oder ein Konvergenzprogramm (Nicht-Teilnehmer) vorzulegen. Österreich legt hiermit die 2. Fortschreibung seines Stabilitätsprogramms für die Jahre 2003 bis 2007 vor. Die Struktur des Programms entspricht den Vereinbarungen des ECOFIN-Rates vom 10. Juli 2001.

**Die vorliegende Aktualisierung des österreichischen Stabilitätsprogramms erfolgt nur etwas mehr als ein halbes Jahr nach dem Versand der ersten Fortschreibung am 25. März 2003. In manchen Teilen ergeben sich für die Jahre 2004 - 2007 Abweichungen von der letzten Aktualisierung.**

**Insbesondere zeigt das Programm, dass 2002 zum zweiten Mal in Folge ein ausgeglichener Haushalt erreicht wurde. Die budgetäre Entwicklung in der aktuellen Fortschreibung ergibt sich aus der Umsetzung des Regierungsprogramms und berücksichtigt bereits die Auswirkungen der Konjunkturpakete der Jahre 2001 und 2002, sowie des von der Bundesregierung beschlossenen Wachstums- und Standortpakets 2003.**

**Es ist festzuhalten, dass trotz dieser zusätzlichen Maßnahmen keine höheren Defizite veranschlagt wurden. Demnach ergäbe sich im Jahr 2007 unter Berücksichtigung der großen Steuerreform 2004/2005 ein Defizit von 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Die Schuldenquote nimmt kontinuierlich ab und sollte unter Berücksichtigung weiterer Privatisierungen im Jahr 2007 einen Wert von unter 60% des BIP erreichen.**

**Mit dieser 2. Fortschreibung seines Stabilitätsprogramms für die Jahre 2003 bis 2007 bekennt sich Österreich weiterhin nachdrücklich zu den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakts. Die Schwerpunkte der Regierungsarbeit sind insbesondere:**

- **die Stärkung der Wachstumskräfte durch Initiativen in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Bildung, die entsprechende europäische Initiativen verstärken sollen**
- **die Erhöhung der Standortattraktivität in Österreich, insbesondere vor dem Hintergrund der Erweiterung der EU**
- **die beschleunigte Senkung der Abgabenquote in Verbindung mit einer stärkeren ökologischen Ausrichtung des Steuersystems im europäischen Gleichklang und der Senkung der Lohnnebenkosten**
- **die Fortsetzung der Strukturreformen auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte, insbesondere die weiteren Schritte in der Verwaltungsreform und in den Beziehungen zwischen den Gebietskörperschaften**
- **die nachhaltige Sicherstellung der Finanzierbarkeit des österreichischen Pensionsystems**
- **die fortgesetzte Privatisierungspolitik**
- **die Restrukturierung der Österreichischen Bundesbahnen**

**Mit diesen Maßnahmen wird das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft deutlich verbessert.**

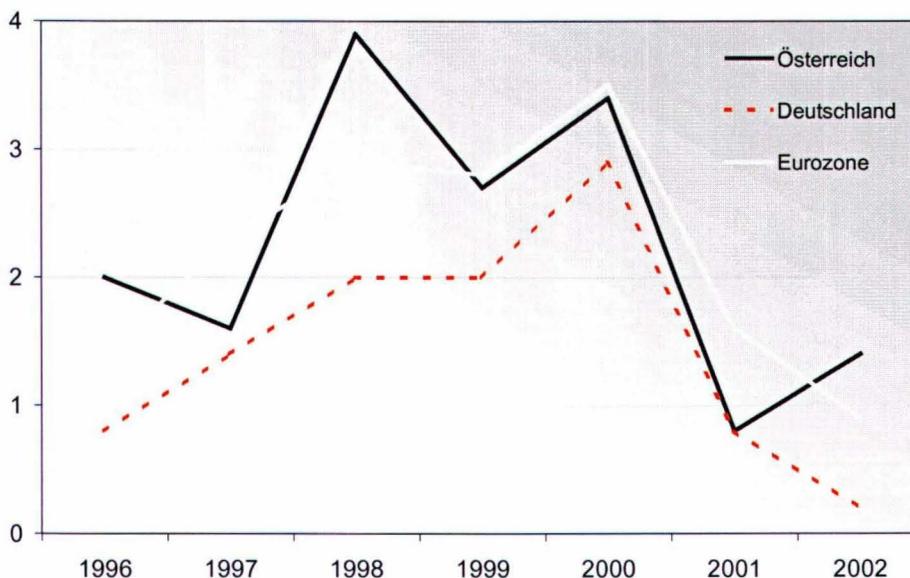
Dieses Programm ist auf der Homepage des Bundesministeriums für Finanzen abrufbar:  
<http://www.bmf.gv.at>

## 2. Österreichs Wirtschaftsentwicklung 2002 bis 2007

### 2.1. Erfolgreiche Konjunkturpakete setzen wichtige Wachstumsimpulse

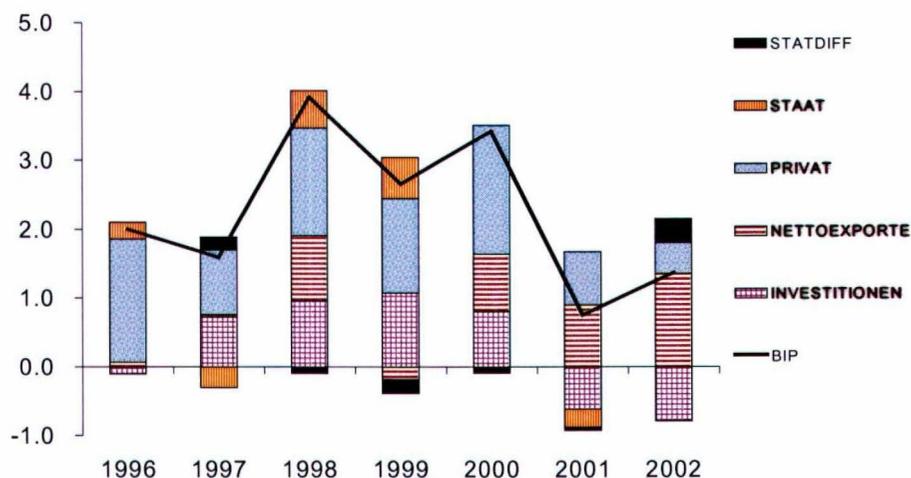
Im Jahr 2002 wurde ein reales BIP-Wachstum von 1,4% erzielt (Abbildungen 1 und 2). Motor dieses Wachstums waren die Nettoexporte, insbesondere wies Österreich eine sehr gute Exportbilanz mit den MOELs auf. Der Zuwachs der Importe war stark rückläufig, was ein Ausdruck der in diesem Jahr sinkenden Investitionstätigkeit war. 2002 nahmen die Exporte um real 3,7% zu, die Importe stiegen lediglich um 1,2% an. Die im Jahresverlauf vorliegenden Daten für 2003 zeigen, dass mit Fortdauer der wirtschaftlichen Schwächephase in Europa auch der österreichische Außenbeitrag kleiner wird.

Abbildung 1: Reales Wirtschaftswachstum 1996 bis 2002 im Vergleich



Quelle: Statistik Austria, EU-Kommission

Abbildung 2: Reale Wachstumsbeiträge zum österreichischen BIP in Prozent von 1996 bis 2002



Quelle: Statistik Austria

Einen positiven Effekt auf das Wachstum im Jahr 2003 haben die beiden Konjunkturpakete von 2001 und 2002, die nun ihre Wirkung zeigen. Das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung schätzt das durch die beiden Pakete initiierte zusätzliche Wachstum auf real 0,5 bis 0,75 Prozentpunkte BIP-Wachstum (siehe Box). Bei einem erwarteten Wirtschaftswachstum von real 0,9% für das Jahr 2003 sollten von den beiden Konjunkturpaketen somit wichtige Wachstumsimpulse ausgegangen sein. Die Entwicklung rückläufiger Investitionen konnte gestoppt werden. Damit ist es gelungen, sich durch das Vorziehen von Investitionen von der Konjunkturentwicklung der wichtigsten Handelspartner abzukoppeln.

#### Evaluierung der beiden Konjunkturpakete 2001 und 2002 durch das WIFO:

- Infrastrukturinvestitionen wurden vorgezogen (Schig, Asfinag)
- Investitionszuwachsprämie erhöhte Ausrüstungsinvestitionen um 1,5%
- Maßnahmen für F&E, Ausbildung, und Lehrlinge erreichten hohen Bekanntheitsgrad
- 1/5 der Unternehmen, die F&E betreiben, haben F&E-Maßnahmen in Anspruch genommen
- 17% mehr Weiterbildung durch Prämie angeregt
- 1/3 der ausbildenden Unternehmen (15% aller) hatten mehr oder erstmals Lehrlinge

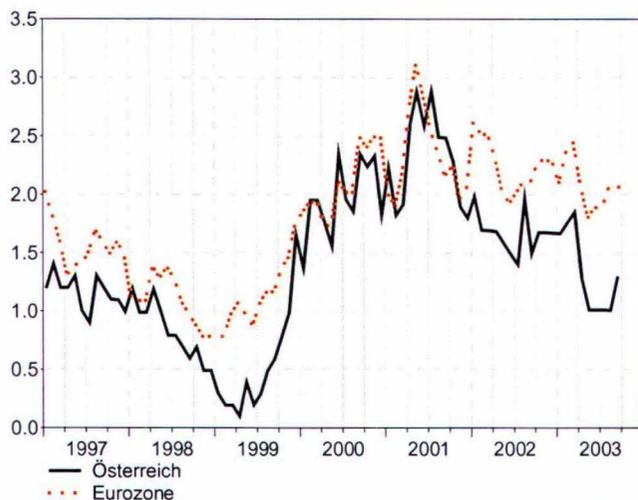
#### Wachstums-Effekt:

- 0,25% des realen BIP im Jahr 2002
- bis zu 0,75% des realen BIP im Jahr 2003 (2/3 Tiefbau, 1/3 Ausrüstungsinvestitionen)

Im Jahr 2003 wird das Wachstum wieder von der Inlandsnachfrage getragen. Hier wirken sich Kaufkraftzuwächse positiv aus, da Preise für Konsumgüter langsamer als die verfügbaren Einkommen steigen.

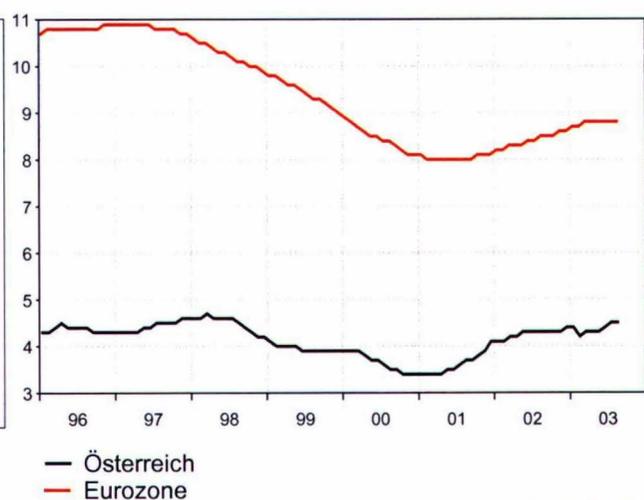
Österreich ist eines der preisstabilsten Länder der EU. Die Inflation gemäß dem HVPI nahm im Jahresverlauf weiter ab und betrug zuletzt 1,3 Prozent (September 2003). Der Preisaufrieb hat sich damit seit dem zweiten Quartal 2003 stärker als erwartet eingebremst und liegt nun noch deutlicher unter dem EU-Durchschnitt (Abbildung 3).

**Abbildung 3: Harmonisierte Verbraucherpreise**  
Österreich und Eurozone 1997–2003, Monatswerte, Veränderung gegenüber Vorjahreswert in %



Quelle: EcoWin

**Abbildung 4: Arbeitslosigkeit**  
in Österreich und Eurozone von 1996 bis 2003 standardisiert, in Prozent



Quelle: EcoWin

**Wachstums- und Standortpaket 2003:****Forschungsstandort forcieren**

- Ziel der F&E-Offensive: Forschungsquote von 2,5% des BIP bis 2006 und 3,0% bis 2010
- Errichtung einer Nationalstiftung für Forschung, Technologie und Entwicklung mit erwarteten Erträgen von 125 Mio. € pro Jahr
- Einsatz öffentlicher Mittel für F&E im Verhältnis 1:2 im öffentlichen und im privaten Sektor
- Regelung 25/8: Forschungsfreibetrag von 25% oder alternativ Forschungsprämie von 8% für Aufwendungen laut "Frascati Manual", Forschungsfreibetrag von 35% für volkswirtschaftlich wertvolle F&E-Aufwendungen
- Universitätspaket: für die weitere Verbesserung der Universitäts- und Fachhochschulausstattung werden 22 Mio. € bereitgestellt

**Investitionen und Gründungen forcieren**

- Verlängerung der Investitionszuwachsprämie bis 31.12.2004

**Maßnahmen zum Ausgleich von Katastrophenschäden**

- Verlängerung der Sonderregelung für eine vorzeitige Abschreibung bei katastrophenbedingter Ersatzbeschaffung bei Gebäuden und sonstigen Wirtschaftsgütern
- Verbesserung der steuerlichen Situation von Agrargemeinschaften nach Naturkatastrophen

**Impulse für die Bauwirtschaft**

- Generalsanierung der Wirtschaftsuniversität Wien (57,7 Mio. €)
- Denkmalschutz (5,2 Mio. €)
- Förderung von Investitionen, die Zugänglichkeit von Betrieben für Behinderte verbessern (3 Mio. €)
- Errichtung eines für rund ein Drittel der Gerichtshofstrafsachen Wiens zuständigen zweiten Landesgerichtes für Strafsachen samt angeschlossenen landesgerichtlichen Gefangenenhaus

**Biomasseoffensive**

- zusätzliche Bundesmittel von 5 Mio. € (17 Mio. € bei Berücksichtigung der Kofinanzierung durch Länder und EU) bewirken Investitionen in der Höhe von 55 Mio. € im Bereich erneuerbare Energieträger

**Stärkung von KMUs, Gründern und Risikokapital**

- Haftungs- und Kreditaktionen für Klein- und Mittelbetriebe sowie für Firmengründer
- Bereitstellung zusätzlicher Mittel zur Eigenkapitalstärkung für Klein- und Mittelbetriebe durch so genannten Double Equity Fonds der AWS (Austria Wirtschaftsservice Gesellschaft)

**Österreichische und Europäische Infrastrukturoffensive bis 2010**

- Investitionsvolumen von 20 Mrd. € für die Jahre 1999 bis einschließlich 2006 zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (20% Bundesstraßen, 33% höchstrangiges Straßennetz, 47% Schiene)
- Projekte im Rahmen der europäischen Wachstumsinitiative (TEN) mit einem erwarteten Volumen von 12 Mrd. € der Projekte mit Österreich-Bezug
- Einsatz von Private Public Partnerships (PPP)
- Versorgung ländlicher Regionen und von Grenzgebieten mit Internet-Breitbandtechnologie (10 Mio. €)

**Arbeitsmarktoffensive**

- Lehrlingsausbildungsprämie: seit Ende 2002 bereits 65 Mio. € ausbezahlt
- zusätzliche 23 Mio. € für die Umsetzung des mit 200 Mio. € dotierten Sonderprogramms ab 2004
- Umstellung der Lehrlingsausbildung auf ein "Modularsystem": 260 Lehrberufe werden in 100 "Basismodule" zusammengefasst, eine Spezialisierung erfolgt erst ab dem zweiten Lehrjahr
- Verlängerung des Lehrlingsauffangnetzes für rund 5.500 Lehrgangsplätze
- Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz für Personen mit schwerer Körperbehinderung (3 Mio. €)

**Internationalisierungsoffensive**

- zusätzliche Exportförderungsmaßnahmen für 2003 und 2004 von je 50 Mio. € (25 Mio. € vom Bund, 25 Mio. € von der Wirtschaftskammer) mit speziellem Augenmerk auf Anreize für Erstexporteure, damit auch kleinere Unternehmen zum Schritt über die Grenzen motiviert werden

## 2.2. Die wirtschaftliche Entwicklung 2004 bis 2007

**Tabelle 1: Wirtschaftliche Entwicklung 2001 bis 2007** (% gegenüber Vorjahr)

	ESVG-Kode	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Bruttoinlandsprodukt, real	B1g	0,8	1,4	0,9	1,9	2,5	2,5	2,4
Bruttoinlandsprodukt in Mrd. Euro*	B1g	212,5	218,3	223,3	230,5	239,7	249,0	258,7
Deflator des Bruttoinlandsprodukts		2,1	1,4	1,4	1,3	1,5	1,4	1,5
Deflator des privaten Konsums		2,2	1,1	1,3	1,2	1,3	1,6	1,7
Harmonisierter Verbraucherpreisindex		2,3	1,7	1,3	1,2	1,5	1,7	1,8
Unselbständig Beschäftigte**		0,5	0,2	0,2	0,5	0,9	1,0	0,8
Arbeitsproduktivität***		0,3	1,4	0,8	1,3	1,6	1,5	1,6
Löhne/Kopf		1,7	2,2	2,0	2,3	2,6	2,5	2,7
Lohnstückkosten		1,4	0,8	1,3	1,0	1,0	0,9	1,0
Arbeitslosenrate; EU-Definition		3,6	4,3	4,5	4,4	4,1	4,0	3,9
Leistungsbilanzsaldo in % des BIP		-1,9	0,2	0,0	-0,2	-0,5	-0,5	-0,5
Quellen des Wachstums: Veränderung in Prozent zu konstanten Preisen:								
1. Private Konsumausgaben	P3	1,4	0,8	1,4	2,0	2,0	1,8	1,4
2. Öffentliche Konsumausgaben	P3	-1,4	0,1	0,0	0,3	0,2	0,2	0,5
3. Bruttoinvestitionen	P51	-2,5	-3,3	1,6	2,7	3,7	3,9	3,6
4. Lagerveränderung in % des BIP	P52+P53	-0,3	0,3	-0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
5. Exporte Güter und Dienstleistungen	P6	7,5	3,7	-0,2	2,9	5,6	5,4	5,3
6. Importe Güter und Dienstleistungen	P7	5,9	1,2	0,5	2,8	5,0	4,8	4,7
Beiträge zum Wirtschaftswachstum								
7. Inländische Endnachfrage (1+2+3)		-0,1	-0,3	1,1	1,8	2,0	1,9	1,7
8. Lagerveränderung (=4)	P52+P53	0,0	0,3	0,0	0,0	0,1	0,1	0,2
9. Außenbeitrag (5-6)	B11	0,9	1,4	-0,2	0,1	0,4	0,5	0,5
Annahmen über exogene Entwicklungen								
Kurzfristiger Zinssatz		4,3	3,3	2,3	2,3	3,2	3,2	3,2
Langfristiger Zinssatz		5,1	5,0	4,1	4,4	4,8	5,0	5,0
Wechselkurs US-\$/Euro		0,896	0,945	1,13	1,16	1,15	1,1	1,1
Welt BIP, real		2,4	3,0	4,0	4,6	4,6	4,6	4,6
EU-15 Bruttoinlandsprodukt, real		1,7	1,1	0,8	2,0	2,4	2,5	2,4
Ölpreis in US-\$		23,6	24,1	28,3	25,6	24,1	23,9	23,3

\* Schilling-Eintrittskurs von 13,7603 Schilling/Euro

\*\* gemäß Hauptverband der Sozialversicherung

\*\*\* BIP-Wachstum je effektiv Beschäftigten

Quelle: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen

### 3. Wirtschaftspolitik bis zum Jahr 2007

Die wirtschaftspolitische Strategie wurde ausführlich in der ersten Fortschreibung für die Jahre 2003 bis 2007 dargestellt. Sie wird nun konsequent umgesetzt und umfasst neben der Fortführung der Verwaltungsreform auch die nächste Stufe der Pensionsreform (Harmonisierung der Systeme und Einführung eines Pensionskontos). Darüber hinaus setzt die Steuerreform 2004/2005 einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Standortattraktivität und für die Stärkung der Beschäftigung und der Kaufkraft.

#### 3.1. Budgetpolitik und mittelfristiges Ziel für den Budgetsaldo

Es ist das Ziel der österreichischen Wirtschaftspolitik, einen positiven Beitrag zu einer stabilen und ausgewogenen Wirtschaftsentwicklung in Österreich, in der Europäischen Union und der Eurozone zu leisten. Österreich bekennt sich daher ausdrücklich zur Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts.

**Tabelle 2: Konjunkturelle Entwicklung und Budgetsalden 2002 bis 2007**

in % des BIP	ESVG Kode	2002	2003	2004	2005	2006	2007
1. Bruttoinlandsprodukt, real	B1g	1,4	0,9	1,9	2,5	2,5	2,4
2. Tatsächlicher Budgetsaldo*	B9	-0,1	-1,3	-0,7	-1,5	-1,1	-0,4
3. Zinsausgaben	D41	3,7	3,6	3,5	3,3	3,3	3,2
4. Potenzialwachstum**		1,9	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0
5. Outputlücke		0,0	-1,0	-1,0	-0,5	0,0	0,4
6. Zyklische Budgetkomponente		0,0	-0,3	-0,3	-0,2	0,0	0,1
7. Zyklisch bereinigter Budgetsaldo		-0,2	-1,0	-0,7	-1,3	-1,1	-0,5
8. Zyklisch bereinigter Primärsaldo		3,6	2,6	3,2	2,0	2,2	2,7

\*einschließlich Steuerreform und SWAP-Operationen

\*\*HP-Filtermethode

Anmerkung: Rundungsdifferenzen sind möglich. Der zyklisch bereinigte Budgetsaldo dürfte eine Genauigkeit von +/- ¼ Prozent des BIP aufweisen.

Quelle: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen

In der letzten Legislaturperiode wurden die öffentlichen Haushalte ins Gleichgewicht gebracht. Priorität nimmt in dieser Legislaturperiode die Stabilisierung der öffentlichen Finanzen auf lange Sicht ein. Die Pensionssicherungsreform 2003 wird aber bereits mittelfristig zu deutlichen Einsparungen auf der Ausgabenseite führen.

Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es, die Abgabenquote bis 2006 auf unter 43 Prozent des BIP zu senken. Mit der Umsetzung der im Regierungsprogramm enthaltenen Maßnahmen auf der Ausgabenseite sind die Voraussetzungen gegeben, eine umfassende Steuerreform in Gang zu setzen. Die Ausgabenquote verzeichnet einen klaren Abwärtstrend und verringert sich zwischen 2003 und 2007 um über 3%-Punkte des BIP (Tabelle 3).

Die geplante Steuerreform soll zu einer Steuerentlastung von 1,3 Prozent des BIP führen. Die Bundesregierung erwartet sich von dieser Steuerreform eine deutliche Verbesserung des Wirtschaftsstandorts, Beschäftigungs- und Investitionsimpulse, verstärkte Investitionen in F&E und Humankapital sowie positive Effekte auf Lebensraum und Umwelt.

Trotz Steuerreform überschreitet das öffentliche Defizit zu keinem Zeitpunkt den konjunkturbedingten Sicherheitsabstand zur Defizitobergrenze von 3% des BIP. Mittelfristig wird eine „nahezu ausgeglichene“ Haushaltsposition sichergestellt.

### **3.2. Die öffentlichen Haushalte 2003**

Das veranschlagte Maastricht-Defizit des Bundes ist mit 3,9 Mrd. € um rd. 2,2 Mrd. € höher als 2002 (1,7 Mrd. €). Die Gründe dafür sind vor allem verzögerte Ausgaben aufgrund der Hochwasserhilfe 2002, die auf Grund der schwachen Konjunktur niedrigen Einnahmen bei den konjunkturabhängigen Steuern und die höheren Ausgaben bei der Arbeitslosigkeit (automatische Stabilisatoren), die budgetären Effekte der Konjunkturbelebungsprogramme I und II aus 2002, die Verbesserung der familienpolitischen Leistungen und die Steigerungen bei den Pensionen. Auf der Einnahmenseite wirkt sich zusätzlich die Reform der Einfuhrumsatzsteuer mit einmaligen Mindereinnahmen von 0,4 Mrd. € (0,18% des BIP) aus.

Der Budgetvollzug des Bundes für das Jahr 2003 ist restriktiv und liegt voll im Plan. Das Defizit des Bundes wird nicht mehr als 3,9 Mrd. € oder 1,8% des BIP betragen. Zusammen mit den Überschüssen der Länder und Gemeinden wird das gesamtstaatliche Defizit von 1,3% des BIP daher jedenfalls erreicht.

Die Sparmaßnahmen (z.B. Personaleinsparungen, einheitliche Kürzungen bei Ermessensausgaben) werden plangemäß umgesetzt. Durch die schwache Wirtschaftsentwicklung entwickeln sich die Einnahmen aus der Einkommensteuer zwar schwächer als budgetiert, die Entwicklung der Lohnsteuer und der Umsatzsteuer gleicht das aber zumindest teilweise aus. Die Steuereinnahmen werden daher beim Voranschlag liegen.

Der Zuschuss des Bundes zu den Pensionsversicherungsträgern sollte trotz der anhaltend schwachen Konjunktur, die sich in geringen Betragseinnahmen auswirkt, um rd. 180 Mio. € (0,08% des BIP) geringer ausfallen als geplant. Für Arbeitslose wird aufgrund des Anstiegs der Arbeitslosigkeit jedoch rund 75 Mio. € (0,03% des BIP) mehr erforderlich sein als budgetiert.

Ebenso wird bei den Ausgaben für aktiv Beschäftigte der BVA 2003 eingehalten werden. Die Mehrausgaben, die sich aufgrund der Nichtbudgetierung der Gehaltsnachbesserung für 2002 ergeben, werden durch höheren Personalrückbau kompensiert. Bei den Pensionsausgaben des Bundes für die Beamten deutet die bisherige Entwicklung auf eine Überschreitung des Voranschlages wegen verstärkter Pensionierungen hin. Die Ausgaben für Familienbeihilfen übersteigen den BVA geringfügig. Wie schon im Jahr 2002 werden diese Abweichungen auf der Einnahmen- und der Ausgabenseite über einen strikten Budgetvollzug kompensiert.

### **3.3. Der Bundeshaushalt 2004**

Das Budget des Bundes für 2004 wurde bereits im Juni 2003 vom Nationalrat beschlossen. Es sieht ein Defizit des Bundes von 1,4% des BIP vor. Auf gesamtstaatlicher Ebene soll durch Überschüsse der Länder und Gemeinden ein Defizit von 0,7% erreicht werden (Tabelle 3).

Die Konsolidierungsmaßnahmen werden entsprechend dem Regierungsprogramm fortgeführt. Der Personalstand sinkt weiter. Im Unterrichtsbereich werden durch Reduktion der Unterrichtsstunden Einsparungen erreicht. Sinkende Schülerzahlen im Pflichtschulbereich bedingen Verringerungen der Landeslehrerstellenpläne. Die Pensionsreform 2003 führt bereits 2004 zu merklichen budgetären Entlastungen. Insgesamt wurden die Ausgaben sehr restriktiv budgetiert. Der Bundesvoranschlag 2004 entspricht somit dem Planwert aus dem vorigen Stabilitätsprogramm.

Mit 1. Jänner 2004 tritt die erste Etappe der Steuerreform in Kraft. Zusammen mit den Effekten der beiden Konjunkturbelebungsprogramme 2002, die in den Jahren 2003 – 2006 jährliche Einnahmehinzuflüsse nach sich ziehen, führt die Steuerreform im Jahr 2004 zu beträchtlichen Mindereinnahmen. Für den Bund beträgt der Ausfall rund 0,5 Mrd. €. Verglichen mit dem

Steueraufkommen 2003 steigen die Einnahmen aus öffentlichen Abgaben jedoch im Jahr 2004 um 3,2 Mrd. €. Dieser Anstieg ist zum Großteil darauf zurückzuführen, dass im Jahr 2004 die Umsatzsteuer wieder 12 mal eingehoben wird, während sie aufgrund der Abschaffung der 13. Umsatzsteuer-Vorauszahlung im Umstellungsjahr Jahr 2003 nur 11 Mal zu entrichten ist. Einnahmenseitig wirkt sich auch aus, dass keine Verwertungserlöse aus der BIG mehr fällig sind (2003: 341 Mio. €). Die Umstellung der Fälligkeit bei der Einfuhrumsatzsteuer bewirkt eine Verschiebung von 400 Mio. € Einnahmen von 2003 in das Jahr 2004. Zudem werden im Vergleich zu 2003 geringere Dividenden erwartet.

### 3.4. Die öffentlichen Haushalte 2004 bis 2007

Mittelfristig sind eine Reihe von budgetwirksamen Reformen geplant bzw. bereits beschlossen und schon in Umsetzung. Auf der Ausgabenseite sind dies:

Personal und Verwaltungsreform des Bundes: Zur Steigerung der Effizienz der Bundesverwaltung hat sich die Bundesregierung bereits bis Ende 2006 zum Ziel gesetzt, 10.000 Dienstposten einzusparen. Damit sollen die Personalausgaben nominell stabil gehalten werden und die Größe des öffentlichen Sektors in Österreich auf den OECD-Durchschnitt gebracht werden. Die Überstunden werden bis 2006 um 8% reduziert. Der Reformprozess soll in der nächsten Legislaturperiode weitergeführt werden.

Pensionssicherungsreform: Die Pensionssicherungsreform 2003 zielt insbesondere darauf ab, das tatsächliche an das gesetzliche Pensionsantrittsalter heranzuführen und gleichzeitig Anreize für die Wirtschaft zu schaffen, ältere Arbeitskräfte im verstärkten Maße zu beschäftigen (Ziel: Steigerung der Erwerbsquote der Älteren auf das Stockholm-Ziel). Zudem liefert sie einen Beitrag zur langfristigen und nachhaltigen Finanzierbarkeit des österreichischen Systems der Alterssicherung.

Gesundheitsreform: Durch Erhöhung der Effizienz und Wirtschaftlichkeit des Gesundheitssystems will die Bundesregierung die Finanzierung der gegenwärtig defizitären gesetzlichen Krankenversicherung sicherstellen (siehe Kapitel 6).

Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen: Um die Erwerbs- und Beschäftigungsquote bei gleichzeitiger sozialer Absicherung - insbesondere von Älteren und Frauen - anzuheben, schafft die Bundesregierung Anreize zur mittelfristigen Erreichung des Regelpensionsalters anstelle eines vorzeitigen Ausscheidens aus dem Arbeitsmarkt.

Weitere Einsparungen sollen durch die Überprüfung der Bundesförderungen, die Reform der ÖBB, die Neuordnung der Aufgabenaufteilung zwischen Ländern, Städten und Gemeinden, und durch die Reform der Sozialversicherung erzielt werden.

Bei den Zukunftsthemen Forschung, Bildung und Infrastruktur werden folgende Ausgaben-schwerpunkte gesetzt:

- F&E: Noch in dieser Legislaturperiode werden erhebliche zusätzliche Mittel für Zwecke der Forschung und Entwicklung zur Verfügung gestellt. Die für die Forschungsförderung wichtige finanzielle Basisausstattung der Forschungsförderungsfonds wird zusätzlich erhöht. Die Förderstrukturen werden vereinfacht, die verfügbaren Instrumente gebündelt (siehe Standort- und Wachstumspaket).
- Bildung: Die Universitäten erhalten ab 1.1.2004 die volle Autonomie. In Zukunft werden zwischen Bund und Universitäten dreijährige Leistungsvereinbarungen abgeschlossen, die alle wechselseitigen Leistungen und Verpflichtungen beinhalten. Im Bereich der Fachhochschulen sollen nach den hohen Steigerungsraten der vergangenen Jahre eine qualitative Konsolidierung und Abrundung des Studienangebotes erfolgen. Damit verbunden ist auch die Schaffung von „kritischen Massen“, um einen betriebs- und volkswirtschaftlich möglichst effizienten Einsatz der Budgetmittel zu gewährleisten. An den Schulen sollen im Zeitraum

2004-2006 rund 72 Mio. € für Bildungsinnovationsprojekte ausgegeben werden.

- **Infrastruktur:** Im Verkehrsbereich sollen die Investitionen in den nächsten Jahren verstärkt werden (siehe Wachstumspaket). Es gilt dabei einerseits das hochrangige Straßennetz auszubauen, Lücken zu schließen sowie Netzergänzungen und Kapazitätsanpassungen im Landesinneren vorzunehmen. Andererseits ist die Schieneninfrastruktur auszubauen und höhere Effizienz, besseres Kundenservice sowie eine Zunahme des Personen- wie auch Güterverkehrsaufkommens anzustreben.

Auf der Einnahmenseite wird eine grundlegende Steuerreform laut Regierungsprogramm in zwei Etappen umgesetzt.

#### **Erste Etappe ab 1.1.2004:**

**Volumen rund 0,9 Mrd. €, Nettoentlastung rund 0,5 Mrd. € (0,25 % des BIP)**

Diese Etappe wird folgende Maßnahmen enthalten:

- **Entlastung** unterer und mittlerer Einkommen durch Erhöhung der Steuerfreigrenze im Einkommensteuergesetz (vollständige Steuerentlastung für Brutto-Jahreseinkommen bis knapp € 14.500).
- **Förderung** der Eigenkapitalbildung in Unternehmen durch Einführung einer begünstigten Besteuerung nicht entnommener Gewinne für Einzelunternehmen und Personengesellschaften mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft oder Gewerbebetrieb (halber Durchschnittssteuersatz)
- **Verstärkung** der ökologischen Komponenten im österreichischen Steuersystem im europäischen Gleichklang (Energiesteuern und Mineralölsteuern)
- **Entlastung** im Bereich der **Lohnnebenkosten** insbesondere für **ältere Arbeitnehmer**.
- Die 13. Umsatzsteuer-Sondervorauszahlung wurde bereits ab 2003 gestrichen.

#### **Zweite Etappe ab 1.1.2005 mit einer Nettoentlastung von rund 2,5 Mrd. €**

Insgesamt erreicht die Steuerentlastung daher ein Ausmaß von rund 3,0 Mrd. € bzw. 1,3% des BIP. Die **Abgabenquote** sinkt auf **deutlich unter 43 Prozent**.

Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der einzelnen Ausgaben- und Einnahmenkategorien gemäß dem Normal-Szenario einschließlich Steuerreform. Demnach sollten die Ausgaben in Prozent des BIP von 2003 bis zum Jahr 2007 um 3,5 Prozentpunkte sinken. Auch die öffentlichen Einnahmen sinken, und zwar um 2,7 Prozentpunkte.

Im Normal-Szenario bleibt die Schuldenquote bei der voraussichtlichen Defizitentwicklung auf einem klaren Abwärtstrend (vgl. Tabelle 4), der durch die Tilgung der Schulden aus der Rechtsträgerfinanzierung verstärkt wird. Die makroökonomischen Rahmenbedingungen und der primäre Saldo reichen aus, um den noch immer hohen Zinseffekt zu kompensieren und die Schuldenquote auf dem Abwärtstrend zu halten. Die Schuldenquote sollte im Jahr 2007 den Referenzwert von 60 Prozent unterschreiten.

### **3.5. Länder und Gemeinden**

Der inner-österreichische Stabilitätspakt wurde auch 2002 voll respektiert (Tabelle 3). Der Stabilitätspakt ist in der aktuellen Fassung bis einschließlich 2004 in Kraft.

**Tabelle 3: Budgetäre Entwicklungen 2001 bis 2007**

in Prozent des BIP	ESVG Kode	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Nettokreditaufnahme nach Subsektoren</b>								
1. Öffentlicher Sektor insgesamt*	S13	0,3	-0,1	-1,3	-0,7	-1,5	-1,1	-0,4
2. Bundessektor**	S1311	-0,5	-0,8	-1,8	-1,4	-2,2	-1,9	-1,1
3. Länder (ohne Wien)**	S1312	0,5	0,4	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
4. Gemeinden (mit Wien)**	S1313	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3
5. Sozialversicherungsträger	S1314	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,0
<b>Öffentlicher Sektor insgesamt (S13)</b>								
6. Gesamteinnahmen*	ESVG	52,0	51,2	50,6	50,0	48,5	48,3	48,0
7. Gesamtausgaben*	ESVG	51,8	51,3	51,9	50,7	50,0	49,4	48,4
8. Budgetsaldo* (6-7)	B9	0,3	-0,1	-1,3	-0,7	-1,5	-1,1	-0,4
9. Zinsausgaben	D41	3,7	3,6	3,6	3,5	3,4	3,3	3,2
10. Primärsaldo (9+8)		4,0	3,5	2,4	2,8	1,9	2,2	2,8
<b>Einnahmen</b>								
11. Steuern	D2+D5	29,7	28,9	28,7	28,4	27,3	27,3	27,2
12. Sozialbeiträge	D61	16,7	16,6	16,6	16,4	16,3	16,3	16,2
13. Sonstige		5,3	5,3	5,0	4,7	4,6	4,4	4,3
14. Gesamteinnahmen	ESVG	51,9	51,0	50,5	49,8	48,4	48,1	47,8
14a. Abgabenquote lt. VGR***		45,4	44,2	43,9	43,4	42,3	42,1	41,9
<b>Ausgaben</b>								
15. Kollektivverbrauch	P32	7,3	7,0	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8
16. Sachleistungen	P31	11,6	11,6	11,6	11,4	11,2	11,1	10,9
17. Monetäre Sozialleistungen	D62	18,6	18,9	19,2	19,1	18,9	18,8	18,6
18. Zinsen	D41	3,7	3,6	3,6	3,5	3,4	3,3	3,2
19. Förderungen	D3	2,6	2,7	2,7	2,8	2,8	2,8	2,7
20. Bruttoanlageinvestitionen	P51	1,2	1,1	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0
21. Sonstige		6,8	6,4	6,6	6,0	5,9	5,7	5,4
22. Gesamtausgaben	ESVG	51,8	51,3	51,9	50,7	50,0	49,4	48,4

\*einschließlich SWAP-Operationen

\*\* Der derzeitige Finanzausgleich gilt bis 2004

\*\*\*Von D2+D5+D61 werden die unterstellten Sozialbeiträge abgezogen, die Erbschaftssteuer hinzugezählt

Anmerkungen: Es ergeben sich Rundungsdifferenzen.

Quelle: Statistik Austria, Bundesministerium für Finanzen

**Tabelle 4: Entwicklung der öffentlichen Schulden 2001 bis 2007**

	ESVG Kode	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Staatsschulden in Mrd. Euro</b>		142,7	145,7	148,2	151,7	153,6	155,1	155,0
in Prozent des BIP								
<b>Staatsschuldenquote</b>		67,1	66,7	66,4	65,8	64,1	62,3	59,9
Veränderung der Staatsschuldenquote		2,5	-0,4	-0,3	-0,6	-1,7	-1,8	-2,4
<i>Beitrag zur Veränderung der Schuldenquote</i>								
Beitrag des primären Saldos	B9	-4,0	-3,5	-2,4	-2,8	-1,9	-2,2	-2,8
Beitrag der Zinszahlungen d. öff. Hand	D41	3,7	3,6	3,6	3,5	3,4	3,3	3,2
Beitrag des nominellen BIP-Wachstums	B1g	-1,6	-1,9	-1,8	-1,8	-2,6	-2,5	-2,5
Beitrag des Stock-Flow Adjustment <sup>1)</sup>		4,4	1,4	0,3	0,5	-0,6	-0,4	-0,3
Impliziter Zinssatz auf die Staatsschuld		5,7	5,4	5,4	5,3	5,3	5,3	5,3

1) Residuum

Rundungsdifferenzen möglich

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

## 4. Sensitivitätsanalyse und Vergleich mit früheren Stabilitätsprogrammen

Die Tabelle 5 vergleicht die aktuellen Daten mit jenen der Fortschreibung vom 25. März 2003. Im Vergleich zur Fortschreibung vom März 2003 ergab sich für 2002 ein deutlich günstigerer Wert für das gesamtstaatliche Defizit aufgrund einer guten Entwicklung der Steuereinnahmen für die Monate November und Dezember 2002 (+0,4% des BIP) und der Revision des BIP für das Jahr 2002 im Rahmen der VGR (+0,1%).

**Tabelle 5: Wirtschaftswachstum und Nettokreditaufnahme des öffentlichen Sektors 2002 bis 2007 und Vergleich mit dem Stabilitätsprogramm vom März 2003**

	ESVG Kode	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>BIP-Wachstum, real</b>	B1g						
Stabilitätsprogramm März 2003		0,9	1,4	2,0	2,5	2,5	2,4
Stabilitätsprogramm Nov. 2003		1,4	0,9	1,9	2,5	2,5	2,4
Unterschied		0,5	-0,5	-0,1	0,0	0,0	0,0
<b>Tatsächlicher Budgetsaldo</b>	B9						
Stabilitätsprogramm März 2003		-0,6	-1,3	-0,7	-1,5	-1,1	-0,4
Stabilitätsprogramm Nov. 2003		-0,1	-1,3	-0,7	-1,5	-1,1	-0,4
Unterschied**		0,5	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Staatsschuldenquote</b>							
Stabilitätsprogramm März 2003		67,8	67,0	65,1	63,8	62,1	59,7
Stabilitätsprogramm Nov. 2003		66,7	66,4	65,8	64,1	62,3	59,9
Unterschied***		-1,1	-0,6	0,7	0,3	0,2	0,2

\* einschließlich Steuerreform und SWAP-Operationen

\*\* ein positives Vorzeichen bedeutet eine Verbesserung des Wertes

\*\*\* ein positives Vorzeichen bedeutet eine Verschlechterung des Wertes

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Für die Sensitivitätsanalyse wird im oberen Szenario angenommen, dass die Strukturreformen und die Steuerreform einen Wachstumsimpuls auslösen. Im unteren Szenario wird von einer längeren Phase niedrigen Wachstums ausgegangen.

**Tabelle 6: Wirtschaftswachstum und öffentliche Haushalte in drei Szenarien**

	2003	2004	2005	2006	2007
	<b>Normal-Szenario</b>				
Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,9	2,5	2,5	2,4
Nettokreditaufnahme in % des BIP	-1,3	-0,7	-1,5	-1,1	-0,4
Schuldenquote in % des BIP	66,4	65,8	64,1	62,3	59,9
	<b>Oberes Wachstumsszenario</b>				
Bruttoinlandsprodukt	1,1	2,5	3,2	2,9	2,5
Nettokreditaufnahme in % des BIP	-1,3	-0,5	-1,3	-0,8	0,1
Schuldenquote in % des BIP	66,3	65,8	63,6	61,3	58,4
	<b>Unteres Wachstumsszenario</b>				
Bruttoinlandsprodukt	0,7	1,4	1,7	2,2	2,2
Nettokreditaufnahme in % des BIP	-1,3	-0,9	-1,7	-1,5	-0,9
Schuldenquote in % des BIP	66,5	66,4	65,1	63,8	62,0

Quelle: Bundesministerium für Finanzen

Die Risiken höherer Zinssätze auf die Staatsschulden für das Defizit können als gering angesehen werden. Die Bundesschuld ist zu rund 93 Prozent festverzinst und die Restlaufzeit der bestehenden Schuld betrug Mitte 2003 knapp 6 Jahre. Im Vergleich zum Normalszenario würde auf Basis der bestehenden Schuldstruktur eine dauerhafte Anhebung der durchschnittlichen Zinsen um einen Prozentpunkt ab dem Jahr 2003 das öffentliche Defizit im Jahr 2007 um rund 0,05% des BIP erhöhen.

## 5. Qualität der öffentlichen Finanzen

Es ist das Ziel der Bundesregierung, die Qualität der öffentlichen Finanzen zu verbessern. In diesem Kapitel werden insbesondere die Budgetstruktur und Maßnahmen der Verwaltungsreform angeführt. Hier strebt die Bundesregierung an, den öffentlichen Sektor auf die Größe des OECD-Durchschnitts zu bringen. Dazu werden insbesondere die Schwerpunkte, die in der 1. Fortschreibung des Stabilitätsprogramms für die Jahre 2003-2007 (März 2003) bereits angeführt wurden, weiter konsequent umgesetzt.

Zusätzliche Maßnahmen, vor allem im Bereich F&E im Rahmen des Reformdialogs, wurden in das Wachstumspaket 2003 inkludiert.

### 5.1. Österreichischer Verfassungskonvent

Der sogenannte Österreich-Konvent hat am 2. Mai 2003 seine Arbeit aufgenommen. Vorschläge für eine grundlegende Staats- und Verfassungsreform zu erarbeiten, die Voraussetzungen für eine effizientere Verwaltung schaffen sollen. Gleichzeitig soll die Bürgernähe und Transparenz weiter erhöht werden. Am 10. Juli 2003 wurden zehn Ausschüsse gebildet, in denen Themen wie folgt vorbereitet werden.

#### **Ausschuss 1 – Staatsaufgaben und Staatsziele**

Umfassende Analyse der Staatsaufgaben und der Frage staatlicher Kernaufgaben. Frage eines umfassenden Kataloges von Staatszielen in der Bundesverfassung.

#### **Ausschuss 2 – Legistische Strukturfragen**

Vorgangsweise im Zusammenhang mit der Inkorporierung von Verfassungsgesetzen und Verfassungsbestimmungen in die neue Bundesverfassung.

#### **Ausschuss 3 – Staatliche Institutionen**

Aufgabenbereich: Aufbau des Staates (Bund, Länder, Gemeinden, Selbstverwaltung), Wahlen, Verfassungsautonomie, Verhältnis zwischen Gesetzgebung und Vollziehung unter dem Gesichtspunkt des Legalitätsprinzips sowie der EU-Rechtssetzung.

#### **Ausschuss 4 – Grundrechtskatalog**

Erarbeitung eines Grundrechtskatalogs unter Bedachtnahme aller einschlägigen nationalen, internationalen und europäischen Regelungen.

#### **Ausschuss 5 – Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden**

Schaffung eines klaren, nach Leistungs- und Verantwortungsbereichen gegliederten Kataloges von Gesetzgebungskompetenzen unter Berücksichtigung der Rechtslage der Europäischen Union.

#### **Ausschuss 6 – Reform der Verwaltung**

Vollzugskompetenzen und Struktur der Organe der Verwaltung in Bund, Ländern und Gemeinden, insbesondere auch unter dem Gesichtspunkt des effizienten Mitteleinsatzes, der Transparenz, der Bürgerinnen- und Bürgernähe (insbesondere Partizipation) sowie der Entwicklung des E-Government

#### **Ausschuss 7 – Strukturen besonderer Verwaltungseinrichtungen**

Regulatoren und sonstige unabhängige Behörden, Selbstverwaltung (exklusive Gemeinden), ausgegliederte Rechtsträger und sonstige Privatwirtschaftsverwaltung.

#### **Ausschuss 8 – Demokratische Kontrollen**

Einrichtungen einer effizienten und effektiven Kontrolle im Bereich von Bund, Ländern und Gemeinden, Rechte der Parlamente samt Minderheitsrechte (z.B. Untersuchungsausschüsse), Rechnungshöfe und Volksanwaltschaften, Frage der Amtsverschwiegenheit, Instrumente der direkten Demokratie.

#### **Ausschuss 9 – Rechtsschutz, Gerichtsbarkeit**

Einrichtung eines effizienten und effektiven Rechtsschutzes unter dem Gesichtspunkt bürgerinnen- und bürgernaher Entscheidungen: Ordentliche Gerichtsbarkeit, Gerichtshöfe öffentlichen Rechts, Verwaltungsgerichtsbarkeit in den Ländern, Sondersenate.

#### **Ausschuss 10 – Finanzverfassung**

Reform der Finanzverfassung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Zusammenführung von Einnahmen- und Ausgabenverantwortung und eines bedarfsgerechten Finanzausgleichs.

Der Konvent beabsichtigt, seine Arbeit innerhalb von 18 Monaten nach seiner Konstituierung mit einem Bericht abzuschließen.

## 6. Auswirkungen der Bevölkerungsalterung auf die Nachhaltigkeit in den öffentlichen Finanzen

Die Demographieprognosen der Statistik Austria (STATAT) und von Eurostat prognostizieren für Österreich eine deutliche Zunahme des Anteils älterer Personen an der Gesamtbevölkerung, während die österreichische Bevölkerung bei etwa 8,1 Millionen Personen stagniert. Die Altersbelastungsquote (= Anteil der über 64jährigen an der Erwerbsbevölkerung) steigt dennoch von gegenwärtig 23% auf 49% im Zeitraum 2040-2050 an, der Anteil der über 80jährigen noch deutlicher. Der Anstieg der Altersbelastungsquote beschleunigt sich vor allem im Zeitraum 2020 bis 2040.

### 6.1. Altersversorgungssysteme

#### Die Pensionsversicherungsreform 2003

Die Pensionsreform wurde im Juni 2003 vom österreichischen Parlament beschlossen. Die wichtigsten wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Reform sind:

- das Wachstums- und Beschäftigungspotential mittel- und langfristig durch ein deutlich höheres Arbeitsangebot nachhaltig anzuheben,
- die langfristige Tragfähigkeit in den öffentlichen Finanzen sicherzustellen,
- das Versicherungsprinzip in den Pensionssystemen zu stärken,
- die Fairness innerhalb und zwischen den Generationen zu erhöhen und
- die Fairness innerhalb des Systems zu verbessern

Die Pensionsreform beinhaltet die folgenden Elemente:

- Ausdehnung der **Durchrechnungszeiträume** bis 2028 auf die besten 40 (statt 15/18) Beitragsjahre bei besserer Anrechnung von Kinderbetreuungszeiten und der Familienhospizkarenz
- Senkung des jährlichen **Steigerungsbetrags der Ersatzrate** von 2 auf 1,78 Prozentpunkte pro Jahr
- Begrenzung der Auswirkungen der Pensionsreform (Deckelung auf maximal 10% bis 2032)
- Schrittweise Abschaffung der **Frühpensionen wegen Arbeitslosigkeit und langer Versicherungsdauer** bis 2017; während der Übergangsphase erhöht sich der **Malus** für jedes abgeschlagene Jahr von 3 auf 4,2 Prozentpunkte (insgesamt maximal 15 Prozentpunkte). Im Gegenzug erhöht sich der **Bonus** für spätere Pensionsaufnahme von 3 auf 4,2 Prozentpunkte (insgesamt maximal 10 Prozentpunkte).
- **Für die Beamtenpensionen werden analoge Regelungen vorgesehen.** Zusätzlich wird der Pensionsversicherungsbeitrag um 1 Prozentpunkt erhöht.

#### Begleitende Maßnahmen

- die Möglichkeit für Pensionisten, auch in der Pension sozialversichert zu arbeiten
- **Aktion 56/58:** Lohnnebenkosten werden für ältere Arbeitnehmer gesenkt
- Qualifikationsoffensive und Reform des Bonus- und Malussystems für die Einstellung bzw. Entlassung älterer Arbeitskräfte

- Restriktiverer Zugang zur Altersteilzeit

Der nächste Schritt wird die **Einführung eines harmonisierten Pensionssystems und individueller Pensionskonten** für alle unter 35 Jahren sein.

## 6.2. Gesundheits- und Pflegesystem

Im Bereich des Gesundheitssystems sind bereits im Jahr 2002 verschiedene Maßnahmen mit effizienzsteigernden Lenkungswirkungen im Gesundheitssystem gesetzt worden.

Ende Oktober 2003 ist ein Reformdialog auf breiter politischer Basis begonnen worden, um das Gesundheitssystem nachhaltig zu sichern. Dieser hat bereits für das Jahr 2004 erste Schritte eingeleitet:

### Maßnahmen 2004

#### Arzneimittelpaket

##### Neuer Erstattungskodex für Medikamente:

- In der Red Box eingestufte Medikamente verfügen noch nicht über einen ermittelten Europäischen Durchschnittspreis, für sie gilt immer noch Chefarztpflicht, der Gang zum Chefarzt entfällt jedoch.
- Die Yellow Box umfasst Arzneimittel, bei denen die Heilmittel-Evaluierungs-Kommission eine wesentliche therapeutische Innovation festgestellt hat und für die EU-Durchschnittspreise ermittelt wurden.
- In der Green Box sind ohne Mengenbeschränkung verschreibbare Arzneimittel.

##### Medikamentenkosten:

- Medikamente werden ab Ablauf ihres Patentschutzes und Eintritt eines Generikums um mindestens 30% billiger
- Das erste Generikum soll nochmals 25% billiger sein als das verbilligte Originalprodukt.
- Marktfreigabe ab dem zweiten Generikum auf dem Markt
- Rezeptgebühren von € 2,80 statt € 4,25 für Generika
- Senkung der Handelsaufschläge bei Großhändlern um 2%-Punkte, bei Apotheken um 1%-Punkt; Sondernachlass bei öffentlichen Apotheken 2,5 % für den Umsatzanteil über dem Medianumsatz, bei Hausapotheken 3,6% über € 65.400,00.-

Der jährliche Zuwachs bei Medikamentenkosten soll von zuletzt 6 – 13% auf 3 – 4% gesenkt werden

##### Änderungen in der Krankenversicherung:

Im Rahmen der Budgetbegleitgesetze sind folgende Änderungen beschlossen worden, die bereits ab 1.1.2004 in Kraft treten:

- Harmonisierung der Krankenversicherungsbeiträge für Angestellte und Arbeiter:
- Für Angestellte 7,3% , davon 3,7% Dienstgeber-Anteil und 3,6% Dienstnehmer-Anteil
- Für Arbeiter 7,3%, davon 3,5% Dienstgeberanteil und 3,8% Dienstnehmeranteil. Zusätzlich ist für Freizeitunfälle von allen Erwerbstätigen und Pensionisten 0,1% zu zahlen. Dieser Beitrag trifft nur den Dienstnehmer (bzw. den Pensionisten).
- Krankenversicherungsbeitrag für Pensionisten wird von 3,75% auf 4,75% der Bruttopension erhöht; dies findet in zwei Jahresschritten statt: ab 1.1.2004 4,25%, ab 1.1.2005 4,75%.

##### Folgende Änderungen treten frühestens ab 1.1.2005 in Kraft:

- Schaffung von Kostenbeteiligungen im ASVG bei Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe, etc. Die Höhe wird erst durch den Hauptverband mittels Verordnung festgelegt.
- Im Gegenzug Entfall der Krankenscheingebühr

##### Weitere Maßnahmen:

- Neugestaltung der Vorsorgeuntersuchung
- Gesundheitsförderungsprogramme
- Beschäftigungs- und Qualifikationsoffensive für pflegende Berufe

### 6.3. Langfristige Nachhaltigkeit

Tabelle 7 gibt einen Überblick über die möglichen budgetären Konsequenzen der Alterung bis zum Jahr 2050, auf Basis der Demographieprognose der STATAT des Jahres 2001 und der gemeinsamen Annahmen im Rahmen der Arbeiten des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der EU. Die Daten für den Gesundheits- und Pflegebereich basieren auf Projektionen auf der Grundlage von altersspezifischen Ausgabenprofilen. Gegenüber dem letzten Stabilitätsprogramm wurden Verfeinerungen der Berechnungen vorgenommen. Nunmehr wird ein langfristiger Ausgabenanstieg bis zum Jahr 2050 bei Pensionen, Gesundheits- und Pflegeleistungen von etwa 2,5-3 Prozentpunkten prognostiziert.

**Tabelle 7: Langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen**

Öffentliche Ausgaben in Prozent des BIP	2005	2010	2015	2020	2025	2030	2035	2040	2045	2050
Rentenausgaben*	14,6	14,6	14,6	14,9	15,3	15,8	16,0	15,8	15,4	15,0
<i>Rentenausgaben gesetzliche Sozialversicherung</i>	<i>10,5</i>	<i>10,8</i>	<i>11,0</i>	<i>11,4</i>	<i>12,1</i>	<i>12,7</i>	<i>13,1</i>	<i>13,0</i>	<i>12,6</i>	<i>12,3</i>
Gesundheitsausgaben	5,1	5,2	5,4	5,6	5,8	6,0	6,1	6,3	6,4	6,4
Alterspflegeausgaben	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5
<b>Annahmen (in %)</b>										
Anteil der 65+jährigen an Erwerbsbevölkerung	25	26	29	31	35	41	46	48	48	49
Produktivitätswachstum (Arbeit)	2,0	1,9	1,9	1,8	1,8	1%	1%	1%	1%	1%
Reales BIP-Wachstum (5-Jahresdurchschnitt)	1,5	2,3	2,0	1,6	1,5	1,4	1,6	1,7	1,8	1,6
Erwerbsquote (Männer 15-64)	76,7	76,5	76,8	77,0	77,2	78,7	80,3	81,2	81,3	81,2
Erwerbsquote (Frauen 15-64)	60,8	61,7	61,5	61,7	62,4	64,7	67,4	69,0	69,7	70,1
Erwerbsquote (gesamt 15-64)	68,8	69,2	69,2	69,4	69,9	71,8	74,0	75,2	75,6	75,8
Arbeitslosenrate (EU-Definition)	4,1	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0	3,0

Die umfassenden Reformmaßnahmen stellen die langfristige Tragfähigkeit in den öffentlichen Finanzen sicher. Es ist zu erwarten, dass die Erwerbsquoten und dadurch das Wachstums- und Beschäftigungspotential der Wirtschaft mittel- und langfristig signifikant gesteigert werden können. Zudem bremsen die Maßnahmen die Ausgabendynamik deutlich ein.

## 7. Horizontale Maßnahmen mit Einfluss auf die öffentlichen Finanzen

### 7.1. Kapitalmarkt

Mit der Verabschiedung der Zukunftsvorsorge und der Schaffung eines Österreichischen Corporate Governance Kodex wurden bereits zwei wesentliche Kernelementen des Aktionsplans für den Kapitalmarkt umgesetzt, die zur guten Performance des ATX beigetragen haben. Dieser Aktionsplan, der vom Kapitalmarktbeauftragten der Bundesregierung erstellt und koordiniert wird, umfasst die Schwerpunkte Schaffung von Vertrauen in den Markt und Maßnahmen zur Erhöhung des Volumens.

Um die Finanzierungssituation der Unternehmen zu verbessern, soll der österreichische Kapitalmarkt und die Wiener Börse durch folgende weitere Maßnahmen in der laufenden Legislaturperiode gestärkt werden, die auch den Schwerpunkt des Aktionsplans des Regierungsbeauftragten darstellen:

- Schaffung des rechtlichen Rahmens für die Verbriefung von Forderungen (ABS)
- Stärkung des vorbörslichen Risikokapitalmarktes (Venture Capital/Private Equity)
- Ausbau und Entwicklung von neuen Ansätzen bei der Mitarbeiterbeteiligung
- Förderung von vertrauensstärkenden Maßnahmen (Corporate Governance, Maßnahmen gegen Insiderhandel, Stärkung der Wirtschaftsprüfer)

Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeiten im Bereich des Kapitalmarktes für den Zeitrahmen des Programms wird in der Vorbereitung der Umsetzung der Eigenkapitalregelungen für Banken liegen. Hierbei wird zum einen die künftige Richtlinie, die sich an den Empfehlungen des Basler Ausschusses ("Basel II") orientieren wird, einen Schwerpunkt bilden. Zum anderen werden mögliche flankierende Maßnahmen für den Nicht-Finanzsektor zu setzen sein, um die Auswirkungen, die sich aufgrund der geplanten Kapitalvorschriften auch für diesen Sektor ergeben, zu mindern. Die Umsetzung weiterer EU-Richtlinien wie beispielsweise die Richtlinie über die Finanzkonglomerate, mit der die aufsichtliche Solidität und die wirksame Überwachung von Finanzkonglomeraten ausgebaut werden soll, oder die ProspektRL, mittels der die EU-weite Akzeptanz von im Herkunftsland des Emittenten genehmigter Prospekte für öffentliche Zeichnungsangebote bzw. die Zulassung für den Handel an geregelten Märkten erfolgt, wird einen Schwerpunkt darstellen.

### 7.2. Privatisierung

Die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen und die Verbesserung der Corporate Governance sind wichtige Ziele der Strukturpolitik. Tabelle 8 zeigt die Maßnahmen seit der ersten Fortschreibung vom März 2003:

**Tabelle 8: Privatisierungen des Bundes**

In Realisierung des aktuellen Privatisierungsauftrages der Bundesregierung vom 1.04.2003 wurden folgende Privatisierungen der ÖIAG durchgeführt:

Aug. 2003:	Verkauf von 9% der VA Technologie AG über die Börse	33 Mio. €
Sept. 2003:	100% der Österreichische PostBus AG an die ÖBB	119 Mio. €
Sept. 2003:	Verkauf von 19,7 % VoestAlpine AG über die Börse und 15 % als Umtauschanleihe	492 Mio. €
<b>Summe:</b>		<b>644 Mio. €</b>

Die Nettofinanzverbindlichkeiten der ÖIAG betragen per 30.09.2003 1,636 Mrd. €, nach etwa 6 Mrd. Euro Anfang 2000.

### 7.3. Arbeitsmarkt

Das Ziel der Arbeitsmarktpolitik ist es, insbesondere Langzeitarbeitslose, ältere Arbeitskräfte und Jugendliche durch verstärkte Bildungsmaßnahmen und das Wachstums- und Standortpaket wieder aktiv in den Arbeitsmarkt einzubinden. Die Budgetbegleitgesetze 2003 beinhalten eine Anzahl von Änderungen, die aktive Arbeitsmarktpolitik, besonders für ältere Arbeitnehmer und eine Anzahl von Unterstützungsmaßnahmen, die den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt beschleunigen sollen. Die Maßnahmen sind detailliert im **Österreichischen Aktionsplan für Beschäftigung 2003** aufgelistet.